Stand: 19.12.2025 22:09:10

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/8959

"Überbrückungshilfe: Unternehmen in Bayern effizient helfen und Umsetzung pragmatisch ausgestalten"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/8959 vom 07.07.2020
2. Beschluss des Plenums 18/9234 vom 09.07.2020
3. Plenarprotokoll Nr. 53 vom 09.07.2020

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 07.07.2020 **Drucksache** 18/**8959**

# Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**

**Überbrückungshilfe: Unternehmen in Bayern effizient helfen und Umsetzung pragmatisch ausgestalten**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Nach wie vor befinden sich weite Teile der Wirtschaft im Krisenmodus. Auch wenn es in vielen Wirtschaftsbereichen Grund zu vorsichtigem Optimismus gibt, haben manche Branchen noch keine Perspektive. Zu diesen gehören unter anderem die Schausteller, aber auch Kunst- und Kulturschaffende sowie Soloselbstständige aus vielfältigen Bereichen der Wirtschaft. Besonders schwierig ist die Situation der Selbstständigen, Freiberufler und Freelancer. Denn laut geltender Förderrichtlinien waren sie bei der Soforthilfe Corona nicht antragsberechtigt. Deren Kompetenzen werden aber nach dem Wiederhochfahren der Wirtschaft händeringend gebraucht. Die Betroffenen benötigen schnelle und unbürokratische Hilfe. Die Hilfe muss perspektivisch erfolgen – die Unternehmer brauchen Planungssicherheit. Bayern braucht eine Wirtschafts- und Unterstützungsstrategie, die keinen zurücklässt. Der Freistaat darf niemanden im Regen stehen lassen.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, im Freistaat die zügige Auszahlung der Überbrückungshilfen zu gewährleisten und sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Überbrückungshilfe pragmatisch angepasst und dass Selbstständige, Freiberufler und Freelancer passgenau unterstützt werden.

Dabei soll sich die Staatsregierung vor allem an folgenden Eckpunkten orientieren:

– Die Überbrückungshilfen müssen schnellstmöglich eingeführt werden, um Unterstützungslücken zu verhindern.

– Bei den Überbrückungshilfen dürfen keine strengeren Maßstäbe gelten als bei den Corona-Soforthilfen.

– Die Laufzeit der Überbrückungshilfen sollte sich analog der Sonderregelungen beim Kurzarbeitergeld bis Ende des Jahres erstrecken.

– Bei den Überbrückungshilfen muss die Deckung der Lebensunterhaltskosten von Selbstständigen in angemessener Höhe ermöglicht werden. Mögliches Vorbild können das Hilfsprogramm des Freistaates für freischaffende Künstlerinnen und Künstler oder die Unterstützungsleistungen für Freiberufler in Baden-Württemberg und in Nordrhein-Westfalen sein.

– Die Industrie- und Handelskammern müssen bei der Abwicklung der Soforthilfe bestmöglich vom Freistaat unterstützt werden.

– Die Möglichkeiten der Digitalisierung sind von Anfang an effizient zu nutzen und die Antragstellung ist in enger Absprache mit dem Bund und den Industrie- und Handelskammern sowie anderen Bundesländern laufend zu optimieren. Besonderes Augenmerk ist auf die Kompatibilität der Schnittstellen zwischen der Antragsplattform des Bundes und der bayerischen IT-Lösung zu richten.

*Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.*

– Die Steuerberater und Wirtschaftsprüfer sind umfassend und transparent über die Modalitäten der Antragstellung zu informieren.

– Durch eine klare und positive Kommunikation der Maßnahmen wird Bayern als sicherer und attraktiver Wirtschaftsstandort für alle Berufsgruppen ausgewiesen.

Darüber hinaus soll die Staatsregierung endlich einen verbindlichen Öffnungsfahrplan präsentieren, um den momentan noch stark eingeschränkten Unternehmen Planungssicherheit zu geben. Durch eine konkrete Öffnungsperspektive werden voraussichtlich viele Unternehmer von vornherein auf Überbrückungshilfe verzichten.

**Begründung:**

Wenn nicht schnell und entschieden gehandelt wird, dann haben wir am Ende der Corona-Krise einen Trümmerhaufen selbstständiger Existenzen vor uns. Genau diese Menschen brauchen wir aber in Zukunft mehr denn je. Sie sind unersetzlich, um Innovation, Gründergeist und Fortschritt in unserem Land voranzutreiben. Die Staatsregierung muss endlich gezielte Unterstützungsmaßnahmen für Selbstständige und Freelancer schaffen.

Sie können vielfach ihre Tätigkeit weiterhin nicht ausüben und haben zum Teil Einnahmeeinbrüche von bis zu 100 Prozent. Vor allem große Unternehmen werden und wurden in dieser schwierigen Situation unterstützt, Beschäftigte sind durch Kurzarbeit und Kurzarbeitergeld vor kurzfristigen Kündigungen geschützt und die Bundesregierung hat sogar eine krisenbedingte Aufstockung des Kurzarbeitergelds beschlossen. Gleichzeitig bestehen und bestanden bei den Corona-Soforthilfen für die meisten Selbstständigen, Freiberufler und Freelancer erhebliche Probleme.

Die seit langem bekannten Kritikpunkte, die von vielen Seiten vorgebracht wurden, wurden bisher nicht aufgegriffen. So haben Freiberufler oft niedrige Betriebskosten, allerdings auch niedrige Margen und ein hohes Risiko. Gleichzeitig litt diese Berufsgruppe in vielen Fällen unter einem faktischen Berufsverbot – ein bekanntes Beispiel sind etwa freiberufliche Frisöre und viele Künstler. Dass hierauf nicht reagiert wird, ist umso weniger nachvollziehbar angesichts der umfangreichen Anpassungen, die zuletzt beim Kurzarbeitergeld vorgenommen wurden, um Beschäftigte besser vor den Auswirkungen der Krise zu schützen. Bei Selbstständigen, Freelancern, Künstlerinnen und Künstlern, Freiberuflerinnen und Freiberuflern und allen hier Betroffenen muss sich so der fatale Eindruck verfestigen, sie würden wie Erwerbstätige zweiter Klasse behandelt. Denn viele Betroffene sind durch die notwendigen, aber nicht von ihnen beeinflussbaren, staatlichen Maßnahmen der Pandemie-Bekämpfung schon im März 2020 unverschuldet in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten. Viele aber auch erst später im Verlauf der Krise. Die Betroffenen haben also mit Auftragsrückgängen oder dem völligen Verlust von Aufträgen zu kämpfen oder diese Situation droht unmittelbar.

Zudem besteht auch bei den Überbrückungshilfen keine Möglichkeit für den Lebensunterhalt Selbstständiger. Dabei kann kein Zweifel daran bestehen, dass Lebenshaltungs- und Betriebskosten ineinander übergehen, weil Selbstständigkeit heute oft nicht mehr zwingend mit bestimmten Betriebskosten im engeren Sinne einhergeht, wie z. B. der Miete für ein Ladenlokal. Eine trennscharfe Differenzierung ist für die Betroffenen teils gar nicht möglich. Die in den einschlägigen Bund-Länder-Vereinbarungen festgeschriebenen Bedingungen für die Auszahlung der Corona-Hilfen des Bundes durch die Länder sind insofern dringend an die Lebensrealität von Selbstständigen, Freiberuflern und Freelancern im digitalen Zeitalter anzupassen. Es ist zwingend auch eine Berücksichtigung der laufenden Kosten des privaten Lebensunterhalts vorzusehen. Hier wird mit zweierlei Maß gemessen: Während in der Gesetzesbegründung zum Sozialschutz-Paket II explizit ausgeführt wird, die krisenbezogene Aufstockung des Kurzarbeitergelds sei notwendig „um den Bezug von Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende zu vermeiden“, sollen Selbstständige genau das tun, um ihren Lebensunterhalt zu sichern.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 09.07.2020 **Drucksache** 18/**9234**

# Beschluss

**des Bayerischen Landtags**

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten **Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**
Drs. 18/**8959**

**Überbrückungshilfe: Unternehmen in Bayern effizient helfen und Umsetzung pragmatisch ausgestalten**

Ablehnung

Die Präsidentin
I.V.

**Karl Freller**
I. Vizepräsident

*Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.*

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold
Abg. Albert Duin
Abg. Susanne Kurz
Abg. Florian Ritter
Abg. Walter Nussel
Abg. Raimund Swoboda
Abg. Gerd Mannes
Abg. Manfred Eibl
Staatsminister Hubert Aiwanger

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold**: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 25** auf:

**Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge**

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)**
**Überbrückungshilfe: Unternehmen in Bayern effizient helfen und Umsetzung pragmatisch ausgestalten (Drs. 18/8959)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
**Überbrückungshilfe des Bundes in Bayern lückenlos ausgestalten (Drs. 18/8999)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Annette Karl, Harald Güller u. a. und Fraktion (SPD)**
**Selbstständige in der Krise stärker unterstützen - Überbrückungshilfen des Bundes sinnvoll ergänzen (Drs. 18/9000)**

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile dem Kollegen Albert Duin von der FDP-Fraktion das Wort. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

**Albert Duin** (FDP): Schönen guten Morgen, Herr Präsident, schönen guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben einen Antrag zu den Überbrückungshilfen für Unternehmen eingebracht, die auch Solo-Selbstständige, Freiberufler und weitere betreffen. Es ist doch ganz klar: Wir haben so viele Ausnahmen geschaffen und haben damit Leute im Regen stehen lassen. Das können wir einfach nicht machen.

Unsere Wirtschaft ist im Moment in einer Situation des vorsichtigen Optimismus. Wir sehen die Zahlen mit Vorsicht. Die Infektionszahlen gehen langsam zurück. Aber wir

dürfen bei allem Optimismus nicht vergessen, dass es wirklich immer noch Branchen gibt, denen es unheimlich schlecht geht. Wir haben bei der Förderung viele Ausnahmen ausgestaltet und einige vergessen. Das Problem ist Folgendes: Auch diese Leute gehören zum System. Auch diese Leute zahlen Steuern. Auch diese Leute gehören zum Wirtschaftssystem. Auch diese Leute sorgen dafür, dass unser Leben in Bayern lebenswert ist. Hier wollen wir weiterhin fördern und fordern. Wir wollen dafür sorgen, dass es diese Leute auch in Zukunft noch gibt.

Wir haben reagiert. Wir haben unter anderem Soforthilfen und auch Überbrückungshilfen aufgelegt. Aber der Begriff "Überbrückungshilfe" hat schon so ein Geschmäckle. Überbrückung bedeutet, dass ich einen A-Punkt und einen B-Punkt habe und dazwischen eine Brücke baue. Wir haben aber noch nicht mal einen B-Punkt; wir wissen noch nicht mal, wo es hingeht. – Guten Morgen, Herr Staatsminister.

Wir haben also gesehen, dass wir noch einiges für die Zukunft tun müssen, damit die Leute wirklich auf Dauer, zumindest bis zum Ende des Jahres – ich glaube, mindestens so lange werden wir noch mit dem Problem zu kämpfen haben – über die Runden kommen.

Wir haben Freiberufler, Selbstständige, Freelancer usw. einfach durchs Raster fallen lassen. Für Freiberufler typisch sind zwar niedrige Betriebskosten, also auch niedrige Margen und ein hohes Risiko. Aber sie haben auch das Manko, dass sie genau deshalb wenig Unterstützung bekommen. Das können wir einfach nicht zulassen. Wir haben schon sehr großzügige Regelungen beim Kurzarbeitergeld getroffen. Natürlich zahlen die davon Betroffenen in die Arbeitslosenversicherung ein. Aber wir haben jetzt Ausnahmen bei Leuten, deren Unterstützung nicht aus der Arbeitslosenversicherung bezahlt wird. Also sollten wir die auch einbeziehen.

Aktuell ist die Hilfe sowieso eher eine Hilfe ins Ungewisse. Wenn wir jetzt nicht handeln, werden wir bereits Ende des Jahres einen Trümmerhaufen in diesen ganzen Berufen haben. Die Leute geben auf. Wenn wir jetzt sagen: "Na ja, dafür gibt es ja die

Grundsicherung", dann ist das schon gemein. Das ganze Jahr zahlen sie Steuern in den Staatshaushalt ein und helfen uns; und dann lassen wir sie im Regen stehen, wenn sie nach dem Staat rufen und uns brauchen. Ich bin der Meinung, da sollten wir schon was machen.

Im Moment haben also viele von diesen Single-Unternehmern noch keine Öffnungsperspektive. Wir fordern direkte, perspektivische Hilfen für die Zeit mindestens bis zum Jahresende.

Bei Freiberuflern – das klingt härter, als es ist – müssen wir auch den Lebensunterhalt berücksichtigen. Wir können es nämlich nicht zulassen, dass diese Leute einfach dahindarben, und können uns nicht sagen: Na ja, sie kriegen ja die Grundsicherung und werden damit schon überleben. – Nein, wir fordern auch Hilfen für die Freiberufler, für diese Gruppe, die wir alle vergessen haben. Übrigens gehören zu denen auch die Schausteller. Wir sollten unser Möglichstes tun. Klar wird das teuer. Aber wir können nicht Unterschiede machen zwischen Leuten, denen jetzt Unterstützung zugesagt worden ist, und anderen, die wir einfach ausgrenzen.

Ich bitte um die Zustimmung. Wir werden auch den Anträgen der GRÜNEN und der SPD zustimmen.

(Beifall bei der FDP)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold**: Danke schön, Herr Kollege. – Nächste Rednerin ist die Abgeordnete Susanne Kurz für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

**Susanne Kurz** (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Nachklatscher!

(Heiterkeit)

Heute lädt der Verband der Gründer und Selbstständigen Deutschland zur Experten-Telko "Pleite – und nun? Was du über die Insolvenz von Solo-Selbstständigen wissen solltest". Behandelt werden Fragen wie, wann man insolvent ist, wer das feststellt und ob die Zahlungsunfähigkeit auch Privatvermögen, die selbst genutzte Immobilie oder das Geld des Ehepartners bzw. der Ehepartnerin betrifft. Die nächsten Treffen des Verbandes finden in Regensburg, München und Nürnberg statt. Herr Aiwanger, da können Sie schlimmstenfalls den Betroffenen ein paar Tipps geben und diese Themen mit ihnen vertiefen; denn unseren Solo-Selbstständigen geht es sehr schlecht.

Ein Beispiel: 100 Milliarden Euro betrug die Wertschöpfung der Kultur- und Kreativwirtschaft. Ja, auch die Schausteller gehören dazu; denn auch die leisten Kultur. Auch in Bayern ist bzw. war die Branche stark. Vor der Krise waren es über 400.000 Beschäftige, annähernd so viele wie in der Automobilindustrie. Die Solo-Selbstständigen waren ein wichtiger Motor dieser Branche. Diese Solo-Selbstständigen, Herr Aiwanger, haben auf Sie gehofft. Sie haben gehofft, dass Sie auf die Verbände, den Bundesrat und zahlreiche Initiativen hören würden, dass die vielen Mails gelesen, die Hilferufe gehört würden und endlich auch Hilfe bei ihnen, den Solo-Selbstständigen, ankäme.

NRW war mutig. NRW hat sich zum Problem bekannt. NRW stopft die Löcher, die die GroKo in Berlin hinterlässt. In NRW hilft man jetzt den Solo-Selbstständigen: die Übernahme von Kosten für den Lebensunterhalt als Top-up zu den Überbrückungshilfen. Es kann ja wohl nicht sein, dass es jetzt vom Wohnort abhängen soll, ob eine Existenz gefährdet ist und ob jemand ein Familieneinkommen sichern kann oder nicht.

"Marshallplan 2.0", so tönt es zu den gestern angelaufenen Überbrückungshilfen. Sie sollen Wohlstand und Wiederaufbau garantieren, den Mittelstandsmotor wieder anwerfen. Die größte Anstrengung seit dem Krieg, so heißt es. Man liest dann groß auf der Antragsseite: Solo-Selbstständige sind antragsberechtigt. Da freut man sich doch!

Nur leider, leider, liebe Solo-Selbstständige da draußen, geht euer Geld wieder an andere. Die Leasingraten für den Dienstwagen schenkt euch die GroKo. Für das über-

teuerte Office in der Innenstadt des Real Estate Investors hilft man euch gern. Aber Essen einkaufen oder die eigene Miete bezahlen dürft ihr mit den Überbrückungshilfen nicht.

Wir könnten in Bayern so leicht helfen und den Solo-Selbstständigen den fiktiven Unternehmerlohn als Teil der Betriebskosten zuerkennen. Sie verdienen das. Stattdessen gibt es als besonderen Service auch auf Ihren Homepages, Herr Aiwanger, immer wieder die Links zu den Antragsseiten für ALG II. Gerade beim von uns allen sehnlichst erhofften Re-Start, dann, wenn der Mittelstandsmotor wieder brummt, brauchen wir doch die Solo-Selbstständigen. Wir brauchen sie als flexible, schnelle, innovative und agile Taskforce für Wachstum und Wohlstand. Das ALG II passt dann, wenn wieder erste Aufträge für die Solo-Selbstständigen kommen, für diese Berufsform noch viel schlechter als zu Beginn der Krise.

"Ich finde, dass es nicht richtig ist, da nur Hartz IV als einzige Alternative anzubieten", so der Ministerpräsident am 20. April. Genau, meine Damen und Herren! In Bayern können wir es besser als die in Berlin. Wir können das mit dem Unternehmerlohn zumindest genauso gut wie der Herr Laschet in NRW.

Wir alle verabschieden uns hier und heute bis Ende September voneinander. Heute ist die letzte Sitzung vor der Sommerpause; die letzte Sitzung, in der Sie die Chance hätten, für diese Solo-Selbstständigen in Bayern Sicherheit und Perspektive zu schaffen und einen Unterschied zu machen, meine Damen und Herren.Sie hätten die Chance, fiktiven Unternehmerlohn endlich förderfähig zu machen und ein Programm für alle Solo-Selbstständigen aufzulegen, nicht nur für Nischengruppen. Das Geld, das wir für Unternehmerlohn ausgeben, bleibt in Bayern. Geben Sie sich einen Ruck! Was NRW kann, kann Bayern schon lange.

Den Anträgen der FDP und der SPD stimmen wir zu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold**: Danke schön, Frau Kollegin. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Florian Ritter für die SPD-Fraktion. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

**Florian Ritter** (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Selbstständige haben es schon seit Beginn der Corona-Beschränkungen ausgesprochen schwer. Das beginnt mit dem ersten Hilfsprogramm der Staatsregierung, das eigentlich nur für die Angehörigen der freien Berufe gedacht war. Die Opposition musste massiv intervenieren, damit dies dann tatsächlich geändert worden ist. Praktikabel, praxisbezogen und angemessen wurde das Ganze erst dann, als der Bund das Selbstständigenprogramm oder das Wirtschaftsförderprogramm aufgesetzt hat. Trotzdem muss man darauf hinweisen, dass dies in diesem Fall vor allem denjenigen Selbstständigen weitergeholfen hat, die Betriebskosten wie zum Beispiel Miete vorweisen konnten. Die anderen – die Stichworte sind gerade schon gefallen: Solo-Selbstständige, Freelancer, Künstlerinnen und Künstler, aber auch die Schausteller – hatten nach wie vor massive Probleme.

Die Überbrückungshilfen des Bundes sind ein weiterer richtiger Schritt für die nächsten Wochen und Monate. Nach wie vor sind die Solo-Selbstständigen aber noch nicht ausreichend bedacht; tatsächlich gibt es noch eine Förderlücke, Kolleginnen und Kollegen, im Übrigen auch deshalb, weil die Staatsregierung die eigenen Programme zur Wirtschaftsförderung nicht etwa so gestaltet, dass sie die Programme des Bundes sinnvoll ergänzen, sondern weil sie die Bundesprogramme dazu nutzt, um die eigenen Programme zu ersetzen.

Kolleginnen und Kollegen, die föderale Ordnung der Bundesrepublik Deutschland ist ein System, das auf Solidarität aufbaut und dafür da ist, gesellschaftspolitische Probleme zu lösen, aber nicht, um die Belastungen im eigenen Haushalt auf andere zu verschieben. Damit sind wir auch bei unserer Kritik zum Antrag der FDP, auch wenn wir uns hinsichtlich der Zielrichtung durchaus einig sind. Wir wollen das Gleiche. Wir sehen in dem Antrag aber ein Problem, weil er genau diese Verschiebung der Lasten

auf den Bund enthält. Genau so handelt der Freistaat Bayern, die Staatsregierung, im Augenblick, anstatt eine sinnvolle Ergänzung zu den Bundesprogrammen zu schaffen. Wir werden dem Antrag trotzdem zustimmen. Dies muss aber schon gesagt werden: Wir können nicht ständig zulassen, dass sich die Bayerische Staatsregierung aus der Verantwortung stiehlt.

(Beifall)

In anderen Bundesländern – darauf sei noch verwiesen – funktioniert es ja auch: Das jeweilige Land schafft eine sinnvolle Ergänzung im Sinne der Selbstständigen und auch im Sinne und zum Nutzen unserer gesamten Gesellschaft.

Wir werden die Solo-Selbstständigen jetzt in der Krise und auch nach der Krise brauchen. Deshalb werden wir den Anträgen der GRÜNEN und der FDP zustimmen und bitten bei unserem Antrag ebenfalls um Zustimmung.

(Beifall bei der SPD)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold**: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Walter Nussel für die CSU-Fraktion. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

**Walter Nussel** (CSU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben jetzt von der Opposition einiges gehört, aber keine Lösungsvorschläge etwa hinsichtlich der Förderung oder auch dahin gehend, wie wir den Solo-Selbstständigen und der Wirtschaft insgesamt helfen können. Ich nenne nur ein Stichwort, die Wochenarbeitszeit. Wenn wir die Selbstständigen aus der Krise führen wollen, müssen wir ihnen auch hier helfen. Ich fordere insbesondere die SPD und auch die GRÜNEN auf, auch auf Bundesebene mitzuhelfen, Herr Hartmann, den Selbstständigen einen Rahmen zu geben, damit sie ihren Motor wieder in Schwung bringen können.

(Zurufe)

– Es ist gut, wenn sich die Menschen, denen ich etwas sage, gleich früh so aufregen. Dann weiß ich: Ich habe den Nerv getroffen.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte vorneweg einiges zu dem sagen, was unser Ministerpräsident, das Kabinett und unser Wirtschaftsminister auf den Weg gebracht haben und bringen. Man sollte dies mit den Maßnahmen in anderen Bundesländern vergleichen. Wir tauschen uns mit den Verbänden massiv aus und beleuchten aus der Praxis, wie wir auch den Solo-Selbstständigen, denjenigen, die es benötigen, eine Überbrückungshilfe gewähren können. Es ist leicht zu fordern, dass schnell ein Programm aufgelegt werden muss. Letztendlich hängt dies auch am Bund. Wir müssen ein Programm auflegen, das auch belastbar ist. Es handelt sich um Steuergelder. Wir können nicht einfach sagen, wir geben Geld, wenn dies nicht nachkontrollierbar ist. Noch schlimmer ist es, wenn wir signalisieren, dass es Geld gibt, die Leute dann Gelder beantragen und sich hinterher herausstellt, dass Subventionsbetrug vorliegt, weil die Leute irgendetwas nicht wussten oder nicht beachtet haben.

Deshalb hat dies unser Wirtschaftsminister zusammen mit der IHK und mit der Steuerberaterkammer aus der Praxis beleuchtet. Ich bin ihm dafür sehr dankbar; denn ich glaube, dass dies der richtige Weg ist. Vor allem die Steuerberaterkammer, die alle Steuerberater vertritt, hat dies zusammen mit der IHK aus der Praxis genau beleuchtet. Fixkosten, Umsatzrückgang oder andere Dinge, vom Mietkauf bis zum Leasing – all das musste jetzt einmal untersucht werden. Oft denkt keiner daran, wie dies zu bewerten ist. Den Vorschlag aus Berlin mussten wir nachbearbeiten; sonst wären wir Gefahr gelaufen, dass es in die falsche Richtung geht.

Nun ist die Überbrückungshilfe auf den Weg gebracht. Seit dem 8. Juli kann man sich registrieren und einen Antrag stellen. Ich werbe aber um etwas Verständnis dafür, dass dies abgearbeitet werden muss. Manche sagen, dass dies in zehn Tagen passieren muss. Ich meine aber, dass es besser ist, sich ein paar Tage länger zu nehmen,

dafür aber ein belastbares Resultat zu haben. Dann kann man mit den Entscheidungen ordentlich umgehen. Ich möchte mich gegen die Behauptung verwahren, da wäre nichts gemacht worden.

Wir werden die drei Dringlichkeitsanträge ablehnen. Das, was von unserem Ministerium in Zusammenarbeit mit den Genannten fundamental auf den Weg gebracht worden ist, ist, glaube ich, hervorragend und ist auch deutschlandweit einzigartig. Selbst der Bund schaut nach Bayern und sagt: Das wollen wir jetzt mit euch zusammen so auch in den anderen Ländern umsetzen. Deswegen möchte ich die Kritik von vorhin zurückweisen.

Unter anderem haben wir das Programm so finalisiert, dass wir gerade im Bereich der Digitalisierung die besten Möglichkeiten für die Steuerberater geschaffen haben. Sie müssen Vorarbeit leisten, müssen die Zahlen der Firmen vom letzten Jahr ins Verhältnis zu den Zahlen in der Krise setzen und bewerten, damit Unternehmer nicht zu Unrecht in den Genuss von Mitnahmeeffekten kommen. Das wollen wir nicht. Wir wollen denjenigen helfen, die wirklich in Not sind, die Hilfe brauchen, um ihre Arbeitsplätze, ihre Firmen erhalten zu können. Ich fordere Sie auf, mitzuarbeiten.

Sie von der FDP sagen, dass diese Leute die Gewerbesteuer zahlen. Bei den freien Berufen ist das nicht so. Das muss man auch sehen. Eine Diskussion darüber hatten wir ja im Wirtschaftsausschuss.Man muss also schon genau trennen und wissen, wovon man spricht.

Ich möchte es Ihnen noch einmal mit auf den Weg geben: Hier ist vieles in Gang gesetzt worden. Damit brauchen wir uns überhaupt nicht zu verstecken. Ich glaube, wenn wir das so positiv begleiten, dann geben wir unseren Firmen bestmögliche Unterstützung.

Wir werden nachjustieren müssen. Es kann kein Programm für alle geben, das sofort greift; denn erst dann, wenn man sich mit den einzelnen Branchen auseinandersetzt, spürt man, wo noch Lücken im System sind. Man kann in der Kürze der Zeit nicht so-

fort überreißen bzw. überblicken, auf welche Branche die Krise welche Auswirkungen hat.

Ich möchte auch eine Lanze für die Soforthilfe brechen. Diese wurde auch dadurch stabil abgewickelt, dass unsere Regierungen sich zusammengesetzt haben; sie haben versucht, das Bestmögliche zu machen. Da wurde viel kritisiert – manchmal zu Recht, weil auch einmal etwas nicht wie gewünscht gelaufen ist. Aber es ist eben eine Krise! Ich kann nicht für jede Krise alles schon so vorhalten, dass, wenn sie dann einmal kommt – niemand hat gewusst, dass sie in dieser Dimension kommen würde –, sofort klar ist: Wie kann ich das jetzt stemmen? Wie kann ich das umsetzen?

Ich sage noch einmal Danke an alle – die Regierungen vorneweg –, die mitgeholfen und die Herausforderungen gestemmt haben. Jetzt übernehmen die IHKs und die Steuerberater, natürlich mit Begleitung durch unsere Behörden. Ich hoffe, dass wir hier bestmöglich aufgestellt sind und es weiter nach vorn bringen.

Deswegen sage ich: Die Anträge können wir ablehnen. Vieles ist im Fluss bzw. schon auf den Weg gebracht worden. Ich fordere Sie auf, auch im Nachgang mitzuarbeiten und aus der Praxis zu berichten. Wenn ein Problem auftritt, dann justieren wir nach, das heißt, wir gehen zu unserem Minister und sagen, dass eventuell etwas geändert werden muss. Aber ich glaube, wir sind schon recht gut aufgestellt.

Zu den Schaustellern möchte ich noch etwas sagen: Ich bin mit ihnen ständig in Kontakt und habe schon vor der Krise mit ihnen gesprochen. Als ich dann Vorschläge gemacht habe, ob zur Arbeitszeit oder zu anderen Themen, bei denen wir ihnen wirklich helfen müssen, habe ich aus den Oppositionsreihen immer gehört: Daran wollen wir nicht rütteln, nein, nein! Die Kontrollen brauchen wir noch, und das brauchen wir auch noch! – Auch insoweit müssen wir uns besser aufstellen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold**: Herr Kollege, es liegen drei Zwischenbemerkungen vor. Zunächst erteile ich hierzu Herrn Abgeordneten Raimund Swoboda das Wort.

**Raimund Swoboda** (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Nussel, es ist ja schön, dass Sie von der CSU hier in das Plenum rufen: Macht uns Vorschläge!

**Walter Nussel** (CSU): Ja.

**Raimund Swoboda** (fraktionslos): Ich erlaube mir, Ihnen einen Vorschlag zu den Solo-Selbstständigen zu machen. Das sind Künstler, einige sind Handwerker, sehr viele sind im Kleingewerbebereich tätig. Sie haben eben kein festes Einkommen, sondern sie leben von ihren Gigs, von ihren Kurzzeitverträgen, also von Verträgen, die sie nicht langfristig abschließen können. Damit bestreiten sie ihren Lebensunterhalt. Diesen Menschen sind die Einnahmen zu dessen Deckung weggebrochen. Diese Menschen lassen Sie hängen – so, wie der Bund sie hängen lässt. Der Bund verweist sie nämlich auf das Sozialgeld, quasi auf Sozialhilfe. Sie wissen sicherlich, was damit verbunden ist: 14, 15 Seiten ausfüllen. Am Schluss kommt vielleicht nichts heraus, weil es so komplex ist.

Machen Sie es besser! Machen Sie es wie Berlin! Berlin zahlt ein bedingungsloses Übergangsgeld, natürlich kurzfristig, das heißt begrenzt. Man hat mir gesagt, es seien 500 Euro.

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold**: Herr Kollege, ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen.

**Raimund Swoboda** (fraktionslos): Das hilft zunächst. Machen Sie es in Bayern noch besser! Machen Sie es bedingungslos gleich und ohne große Bürokratie! Helfen Sie denen, die es am meisten brauchen! Das sind nicht nur die Großen, die vom 20-Milliarden-Programm profitieren.

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold**: Herr Kollege Swoboda, Sie haben eine Minute, nicht mehr.

**Raimund Swoboda** (fraktionslos): Okay. Schönen Dank, Herr Vorsitzender, für diese Erinnerung. Ich werde mich bemühen.

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold**: Ich hoffe es. Sie haben noch mehrfach die Gelegenheit.– Herr Kollege Nussel, Sie haben das Wort.

**Walter Nussel** (CSU): Ich konnte keine Frage erkennen. Ich kann nur so viel dazu sagen: Ich fordere Sie alle auf, Vorschläge zu bringen, weil wir nicht allwissend sind. Aber schauen Sie sich meinen Tätigkeitsbericht zum Bürokratieabbau an. Dazu habe ich von Ihrer Seite keine zusätzlichen Vorschläge bekommen. Zu diesem Thema erwarte ich mir auch einmal ein Entgegenkommen. Ich bin nicht allwissend; aber wenn Sie immer nur kritisieren, dann möchte ich dem einfach widersprechen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold**: Danke schön. – Für eine weitere Zwischenbemerkung erteile ich der Abgeordneten Susanne Kurz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, das Wort.

**Susanne Kurz** (GRÜNE): Vielen Dank für Ihre Ausführungen. Diese haben zu dem Thema, wie die Solo-Selbstständigen ihren Lebensunterhalt bestreiten sollen, leider sehr wenig beigetragen. Aber Sie haben wichtige Punkte erwähnt: dass Sie bereit seien, mit den Ministerinnen und Ministern Ihrer Regierung zu reden und nachzujustieren, und dass Sie bereit seien, den Schaustellerinnen und Schaustellern zu helfen. Auch haben Sie gesagt, dass man, wenn es Probleme gebe und die Opposition Vorschläge liefere, etwas machen könne.

Wir haben Vorschläge geliefert. Ich hoffe, Sie haben unseren Antrag gelesen; das ist ein ganz klarer Vorschlag. Darf ich Ihren Ausführungen entnehmen, dass nachgebessert und als Hilfe zum Lebensunterhalt ein fiktiver Unternehmerlohn eingepreist wird,

der in Bayern als Top-up zu den Überbrückungshilfen hinzukommt, vielleicht sogar noch vor der Sommerpause?

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Walter Nussel** (CSU): Ich habe es in meinen Ausführungen dargestellt – Frau Kurz, wenn Sie hingehört hätten, wüssten Sie es –: Jetzt kann man sich registrieren. In den nächsten Tagen kann man den Antrag stellen. Das muss natürlich alles vorbearbeitet werden, eben gemeinsam mit den Steuerberatern. Ich gehe fest davon aus, dass es vor der Sommerpause gelingen wird. Für mich gibt es übrigens keine Sommerpause, weil wir denen in der Krise natürlich fortwährend helfen müssen. Das wird jetzt weiter durchlaufen.

Mit Nachjustieren meine ich, dass man sich jetzt einiges genau anschaut. Wenn irgendwo eine Schwachstelle erkennbar ist, dann ist entsprechend zu reagieren. Ich denke, dafür brauche ich gar nicht zum Minister zu gehen; er wird von sich aus tätig werden. Wenn es sein muss, werden wir uns zu den Erfahrungen aus der Praxis auch austauschen, diese bewerten und Anpassungen auf den Weg bringen.

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold**: Danke schön. – Für eine weitere Zwischenbemerkung erteile ich Herrn Abgeordneten Albert Duin, FDP-Fraktion, das Wort.

**Albert Duin** (FDP): Kollege Nussel, Sie wissen, ich schätze Sie sehr. Aber der Vorschlag, den Sie zur Wochenarbeitszeit gebracht haben, ist absoluter Quatsch für Leute, die nicht arbeiten dürfen. Das bringt sie nicht weiter. Das Zweite: Wenn sie nicht arbeiten, brauchen sie auch keinen Bürokratieabbau, weil sie keine Bürokratie haben. Darüber würde ich an Ihrer Stelle einmal nachdenken. Das ist also absoluter Unsinn.

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold**: Herr Kollege Nussel.

**Walter Nussel** (CSU): Kollege Duin, ich habe versucht zu erläutern, dass wir ihnen, wenn es wieder läuft, diese Hilfestellung geben sollten. Darum geht es mir. Das eine

ist die Soforthilfe gewesen; jetzt haben wir die Überbrückungshilfe. Aber wir müssen ihnen doch zusätzlich das Handwerkszeug geben, damit sie wieder in Schwung kommen. Davon habe ich gesprochen. Ich fordere euch auf, diesen Weg mitzugehen.

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold**: Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Gerd Mannes für die AfD-Fraktion. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

(Beifall bei der AfD)

**Gerd Mannes** (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Die Wirtschaft ist nach wie vor im Krisenmodus. Den Unternehmen und den Selbstständigen in Bayern effizient zu helfen, ist selbstverständlich richtig. Wir, die AfD-Fraktion, hatten bereits vor knapp zwei Monaten einen ganz ähnlichen Antrag zu dem der FDP in das Parlament eingebracht. "Solo-Selbstständige und Kleinunternehmen schützen – Insolvenzlawine verhindern". Mit unserem Antrag wollten wir insbesondere den kleinen Selbstständigen und Freiberuflern schnell und unbürokratisch Hilfe zukommen lassen.

Die Corona-Krise trifft viele Selbstständige – unverschuldet! – sehr hart, wie die Warnungen der Wirtschaftsverbände vor einer massiven Insolvenzwelle im zweiten Halbjahr eindrücklich beweisen. Experten rechnen in diesem Bereich mit einem Umsatzrückgang um bis zu 78 % für das Gesamtjahr 2020. Auch der historische Negativrekord von 1,47 Millionen bayerischen Beschäftigten, die im Mai in Kurzarbeit geschickt wurden, zeigt die Brisanz der Lage auf.

Wir als AfD haben bereits Anfang April das konsequente Hochfahren der Wirtschaft vorgeschlagen. Warum? Weil seit Mitte März nach den Zahlen des Robert-Koch-Instituts die Neuinfektionen rückläufig sind. Ein schnelles Hochfahren der Wirtschaft bleibt das wesentliche Standbein der Hilfe für Selbstständige und Unternehmen.

Die Forderung, den privaten Lebensunterhalt zu berücksichtigen, ist insbesondere für Kleinunternehmen und Selbstständige wichtig, die vor der Krise gut gewirtschaftet und

sich eine gesunde Eigenkapitaldecke aufgebaut haben, um nicht den letzten Rest des gesparten Vermögens zur Überbrückung verwenden zu müssen.

An dieser Stelle, Herr Duin, muss ich aber eines anmerken: Herr Dr. Heubisch hat unseren Antrag vom Mai im Plenum mit der Begründung abgelehnt, dass eine Harmonisierung der Hilfen auf Bundesebene angeblich aufgrund des föderalen Systems gar nicht möglich wäre. Interessanterweise fordern Sie jetzt in Ihrem Antrag auch die Anpassung der Hilfen auf Bundesebene. Das wollte ich nur noch einmal bemerkt haben.

Dem Antrag der FDP, der im Inhalt sehr gut und richtig ist, stimmen wir zu. Die Anträge von SPD und GRÜNEN gehen zwar in die richtige Richtung; wir lehnen sie aber ab, weil das schnelle Wiederhochfahren der Wirtschaft nicht beinhaltet ist.

(Beifall bei der AfD)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold**: Herzlichen Dank, Herr Abgeordneter. – Nächster Redner ist der Kollege Manfred Eibl für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

**Manfred Eibl** (FREIE WÄHLER): Verehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Frau Kurz, Sie schildern die Situation ausschließlich aus der Sicht der Solo-Selbstständigen. Sie schildern immer im Vergleich mit anderen Bundesländern, vor allem Nordrhein-Westfalen. Ich kann Ihnen nur sagen: Wenn Sie mit den kommunalverantwortlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern in Nordrhein-Westfalen in Kontakt treten, dann sehen Sie, was dort droben los ist. Bayern streut die Schwerpunkte in Sachen Schullandschaft breit. Bayern hat eine breit gestreute Ausrichtung und hat mit dem Bundesprogramm nicht nur die Solo-Selbstständigen im Fokus, sondern vor allem auch Selbstständige und Angehörige der freien Berufe, gemeinnützige Unternehmen, Organisationen, Jugendbildungsstätten, überbetriebliche Bildungsstätten, Familienstätten, Jugendherbergen und dergleichen. All das wird mit dieser Maßnahme unterstützt. Auch das müssen Sie ansprechen.

Man kann bei allen Programmen, die neu konstruiert werden, das Haar in der Suppe suchen. Aber es ist, wie ich meine, ein wichtiges, zielführendes Programm mit Unterstützungen, die sich nicht auf den Liquiditätsengpass beschränken, sondern rein auf Umsatzausfälle konzentriert sind. Das sollten wir auch einmal sehen: Hier gibt es für drei Monate bis zu 150.000 Euro Unterstützung für die breit gestaffelten Branchen unserer Unternehmen und Betriebe.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir alle wissen, dass unsere betroffenen Branchen momentan von großen Schwierigkeiten gekennzeichnet sind mit teilweisen oder kompletten Ausfällen in den Betrieben. Dahin gehend ist dieses Programm, für das nunmehr seit 8. Juli Anträge gestellt werden können, ein sehr wichtiges und auch sehr zielführendes Programm, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Es ist aber wichtig, dafür Sorge zu tragen, dass es nicht durchgeführt wird, wie es, wie angeführt, in Berlin geschieht, wo über die Maßen verteilt worden ist, sondern dass eine gewisse Sicherheit bei der Auszahlung der Gelder vorhanden ist. Wir müssen uns im Nachhinein für ungerechtfertigte Auszahlungen rechtfertigen. Auch dahin gehend müssen wir Sorge tragen. Dahin gehend wurden Steuerberater und Wirtschaftsprüfer eingesetzt. Die IHK wird stichprobenartig im Nachgang prüfen, ob die Unterstützung gerechtfertigt ist, ob also die Identität und die Grundvoraussetzungen gegeben sind. Das bitte ich doch einmal in der Gänze zu sehen.

Eine Kumulierung der Überbrückungshilfen mit öffentlichen Mitteln, insbesondere mit Darlehen, wird möglich gemacht. Auch Unternehmen, die Soforthilfe des Bundes bzw. des Freistaats bereits erhalten haben, aber weitere Umsatzausfälle haben, sind wieder antragsberechtigt. Auch das sind wichtige Faktoren und Grundlagen, meine Damen und Herren. Bereits die Soforthilfeprogramme von Bund und Freistaat waren offen für kleine und mittlere Unternehmen sowie für Solo-Selbstständige und Angehörige von freien Berufen.

Sie führen die Lebensunterhaltskosten an. Ist Ihnen nicht geläufig, der Freistaat hat das Künstlerhilfsprogramm mit 30 Millionen Euro in die Wege geleitet, mit Zuschuss für den Lebensunterhalt in Höhe von 1.180 Euro? Sie erwähnen nur das, was vielleicht irgendwo mal runterfällt. Noch mal: Können wir immer alles in der Gänze berücksichtigen und sehen?

Ich sage hier an dieser Stelle ganz deutlich: Sowohl unser Wirtschaftsminister als auch die Staatsregierung setzen sich permanent ein und haben sich permanent eingesetzt bei der Ausgestaltung dieses Programms. Sollte sich in der praktischen Umsetzung zeigen, dass das Programm Defizite aufweist und keine ausreichenden Unterstützungen gewährt werden können, wird man sich auf Bundesebene nachhaltig für eine Nachbesserung einsetzen.

Den Antrag der FDP sowie die nachgezogenen Anträge der GRÜNEN und der SPD lehnen wir ab. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold**: Danke schön, Herr Kollege. – Für die Staatsregierung spricht jetzt der Herr stellvertretende Ministerpräsident, Staatsminister Hubert Aiwanger. Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

**Staatsminister Hubert Aiwanger** (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Danke für diese Debatte, weil eine solche Grundsatzdebatte zeigt, wie der Freistaat Bayern zu Beginn dieser Corona-Krise sein Geld investieren soll. Sollen wir noch etwas Pulver trocken halten, oder sollen wir gleich am Anfang in die Vollen gehen?

Wir haben mit der Soforthilfe in Bayern als erstes Bundesland losgelegt. Am 16. März wurde damals der Katastrophenfall ausgerufen. Bereits am 18. März konnte man in Bayern, wenn auch anfangs in Form von Anträgen auf Papier, Anträge auf Soforthilfe stellen. Bis die anderen Länder dann Ende März ihre Programme aufgestellt hatten,

haben in Bayern viele Zehntausende Betriebe bereits Geld bekommen. Wir wurden dann von einer Welle von Anträgen überrollt, die sich am Ende auf knapp 500.000 Anträge summiert hat. Wir haben dafür 5 Milliarden Euro in den Landeshaushalt eingestellt, um das Thema zu bedienen.

Gott sei Dank ist dann nach 14 Tagen der Bund auf das Programm aufgesprungen. Ich traue mich zu behaupten, dass wir Eisbrecher gewesen sind, indem wir überhaupt auf den Gedanken gekommen sind, zu dieser Zeit eine Soforthilfe für die diversesten Betriebe mit dieser Mitarbeiterstaffelung auf den Weg zu bringen. Der Bund hat dann genau unsere Staffelung nach 5, 10, 50 und 250 Mitarbeitern übernommen. Der Bund hat teilweise etwas höhere Summen aufgesetzt. So sind wir bei diesen knapp 500.000 Anträgen, die in Bayern eingegangen sind und wo wir mit Ausgaben in Milliardenhöhe gerechnet hatten, am Ende mit 350 Millionen Euro bayerischem Geld rausgegangen bei über 300.000 Betrieben, die mit einer Gesamtsumme von 2,3 Milliarden Euro bedient worden sind. Das heißt, wir haben knapp 2 Milliarden Euro Bundesmittel bekommen.

Wenn wir das mit Nordrhein-Westfalen vergleichen, ohne dass ich dem dortigen Wirtschaftsminister an den Karren fahren will – ich verstehe mich mit ihm sehr gut und will das auch weiterhin –, dann stellen wir fest, dort haben sie bei in etwa derselben Antragszahl von an die 400.000 Anträgen 4,5 Milliarden Euro überwiesen und müssen jetzt nicht mit 300 Millionen Euro Landesgeld, sondern mit deutlich mehr – Sie können die Differenz ausrechnen; das geht eher in Richtung 2 Milliarden Euro – geradestehen.

Wenn wir die Rücklagen des Freistaats Bayern – jetzt kann man hier Zahlen in Höhe von mehreren Milliarden Euro nennen – ansetzen, dann hätten wir mit dem Vorgehen, wie es propagiert worden ist, in Bayern fast die Hälfte der Rücklagen des Freistaats Bayern schon für die Soforthilfe verballert. Dann hätten sich viele gefreut und hätten gesagt, hurra, Unternehmerlohn, und, hurra, alles Dinge, die es auch aus Bundeskanälen über die Grundsicherung und dergleichen gibt. Das hätten wir alles aus Bayern beglichen, weil "wir haben es ja". Dann hätten wir mit der Überbrückungsthematik

genau so weitergemacht und gesagt "wir haben's ja" und für fiktive Unternehmerlöhne gezahlt und jedem, der gerne einen Tausender und mehr im Monat hätte, einen Betrag gezahlt, obwohl es dafür Bundesmittel mit erleichtertem Zugang gibt.

Bis Ende September ist jetzt der Zugang zur Grundsicherung nach wie vor erleichtert, auch für normale Unternehmer. Die dürfen sogar ordentlich Geld auf dem Konto haben und trotzdem Grundsicherung des Bundes beantragen. Die Rechenbeispiele gibt es ja, dass ein Alleinstehender, der in München 900 Euro Miete pro Monat bezahlt, dann über die Grundsicherung 1.350 Euro bekommt. Wenn wir dem 1.180 Euro auf den Tisch legen, ist er schlechter dran als über das Bundesgeld. Das wird ihm abgezogen, und wir zahlen es aus bayerischen Mitteln und haben dann das Pulver nicht mehr trocken, wenn es in den nächsten Monaten darum geht, bei diversen Bereichen der Industrie und sonstigen Bereichen nachbessern zu müssen, wenn wir sehen, dass diese oder jene Sparte noch nicht aus den Startlöchern kommt und wir neue Forschungsprogramme auflegen müssen, um denen gezielte Hilfen zu geben. Jetzt schnell viel Geld rausschaufeln – das ist nicht die Kunst. Die größere Kunst ist, noch Geld dafür zu haben, wofür der Wirtschaftsstandort Bayern in Zukunft gerüstet sein muss.

Die FDP sagt immer, es müsste alles noch schneller gehen und vielleicht noch mal auf die Soforthilfe oder jetzt auf das Überbrückungsgeld zurückgegriffen werden. Wenn man die politische Ideologie der FDP hier wirklich umgesetzt hätte – die FDP hat sich in der Vergangenheit immer für die Abschaffung des Kammerzwangs ausgesprochen –, dann hätten wir nicht einmal eine IHK als Kammer, auf die wir zurückgreifen können, um das Überbrückungsgeld abzuwickeln. Wir hätten keine Steuerberaterkammer in dieser organisierten Form, die wir einbinden können.Wir hätten die Funktionsfähigkeit der Regierungen in der Form nicht, die die Soforthilfe abgewickelt haben. Sie haben ja immer gesagt, Sie wollen den ganz schlanken Staat und alle Strukturen abschmelzen. Sie hätten nicht mal die Apparate, um das Geld ans Volk zu bringen. Insofern müssen wir auch all denen danken, die uns in der Vergangenheit geholfen haben:

Das waren die Regierungen und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort. Wir danken jetzt den Steuerberaterkammern und der IHK, die uns hierbei helfen, die uns bei der Abwicklung der neuen Maßnahmen unterstützen.

Jetzt geht es doch genau darum, die Existenz von Betrieben zu retten. Die Übernahme der Fixkosten soll die Betriebsstätten absichern. Genau darauf hat sich das Bundesprogramm mit knapp 25 Milliarden Euro konzentriert. Wir werden sehen, wie viele Anträge dazu in Bayern kommen, bei dieser Eingangshürde von minus 60 % für die Monate April und Mai und dann dieser Staffelung für Juni, Juli und August von minus 40, minus 50 und minus 70 %.

Vielleicht sind es am Ende gar nicht ganz so viele, wie wir heute meinen, weil viele Betriebe hoffentlich doch wieder über diese Schwelle gekommen sind. Natürlich kommen viele Branchen noch nicht darüber. Das sind die Reisebüros, das sind die Schausteller, das sind viele andere Branchen, die nach wie vor unter den coronabedingten, auch internationalen Maßnahmen leiden. Ich habe gestern mit Vertretern der Reisebüros gesprochen. Solange weltweite Flüge noch sehr kritisch gesehen werden, läuft dort das Geschäft noch nicht. Solange Märkte noch nicht zugelassen sind, läuft das Geschäft bei den Schaustellern nicht.

Genau hier wollen wir ja in den nächsten Wochen ansetzen. Wir wollen diese Dinge unter Berücksichtigung der Infektionsrisiken dort wieder ermöglichen, wo es verantwortbar ist, um diese Leute wieder ins Geschäft zu bringen. Man kann doch jetzt nicht einfach nur, weil man vielleicht Klientel bedienen will, sagen: Wir überweisen jedem einen fiktiven Unternehmerlohn, den er an anderer Stelle ja aus der Bundeskasse bekommt.

Meinen Damen und Herren, es geht doch darum, die Gesamtstrategie im Kopf zu behalten, Geld dafür zu sparen, wofür wir es in den nächsten Monaten und vielleicht sogar Jahren noch dringend brauchen werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Damit noch mal zurück zum Überbrückungsgeld, das seit gestern quasi scharf gestellt ist, mit der Möglichkeit, dass sich Wirtschaftsprüfer, dass sich Steuerberater melden. Über diese Leute werden die Anträge ja künftig eingereicht; nicht mehr persönlich vom Unternehmer. Diese Leute sind registriert, diese Leute sind mit uns in engster Abstimmung. Die Bundesrepublik Deutschland hat die IT-Plattform des Freistaats Bayern aus der Soforthilfe übernommen, die wir quasi über Nacht, innerhalb weniger Tage, aus dem Wirtschaftsministerium heraus selber erarbeitet haben. Meine Damen und Herren, so schlecht kann unsere Arbeit an der Stelle also nicht gewesen sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Genau damit gehen wir jetzt nach draußen. Die Unternehmen gehen auf ihre Wirtschaftsprüfer und Steuerberater zu. Die pflegen dann den Antrag ein. Die Bedingungen sind sehr klar strukturiert und vorgegeben, bundesweit mit einheitlichem Programm.

Jetzt können diverse Bundesländer sagen: Wir legen da und dort noch etwas drauf. Wir als Freistaat Bayern schauen sehr genau, wo wir in den nächsten Wochen und Monaten, vielleicht sogar Jahren noch etwas drauflegen müssen. Wir beobachten diese Entwicklung sehr genau. Wir sind der Überzeugung, dass wir damit richtig vorgehen, dass wir ganz gezielt die Fixkosten derjenigen Unternehmen übernehmen, die noch in den Seilen hängen, bei denen der wirtschaftliche Aufschwung noch nicht eingesetzt hat.

Das muss zeitnah gehen, das muss schnell gehen. Wenn die Antragsfrist bis Ende August nicht reichen sollte, werde ich mich natürlich schnellstens dafür einsetzen, dass man die Antragsfrist verlängert. Aus jetziger Sicht ist das nicht unbedingt auszuschließen.

Natürlich bin ich auch der Überzeugung, dass wahrscheinlich Ende August noch nicht eitel Sonnenschein in Deutschland einzieht, sondern dass wir über den August hinaus wahrscheinlich wieder ein Anschlussprogramm brauchen, das genau diese Dinge fort-

setzt, die sich bewährt haben, vielleicht wieder mit kleinen Anpassungen. Das heißt, die Politik fährt hier auf Sicht. Anders geht es nicht. Aber ich glaube, wir haben bisher diesen Zeitraum von einigen Monaten in der Vorausschau und auch im Rückblick immer ganz gut und ordentlich erfasst.

Genauso werden wir auch mit dem Bund in Kontakt bleiben. Ich habe auch das Thema der Kosten für das Personal mit dem Herrn Bundeswirtschaftsminister Altmaier persönlich am Telefon über längere Zeit verhandelt. Ich habe gesagt: Wir können nicht irgendwo individuelle Ansprüche von Unternehmen auf Personalgrundkosten reinschreiben. Anfangs war ja angedacht, dass jeder Unternehmer irgendwo Personal anmelden kann, und dann wird an irgendeiner Stelle entschieden, ob die Personalzahl für ihn so passt oder nicht. Ich habe gesagt: Das ist nicht administrierbar, wenn ein Reisebüro sagt, dass es drei Leute braucht, und ein anderes braucht fünf, das nächste einen. Jeder würde versuchen, möglichst viel Personal als unabdingbar nötig anzumelden, um die Leute nicht in Kurzarbeit schicken zu müssen. Der Ehrliche wäre der Dumme, und wir hätten Rechtsstreit ohne Ende darüber, was angesetzt wird und was nicht angesetzt wird.

Wir haben uns von Bayern aus sehr stark und erfolgreich für eine gute Administrierung dieses Überbrückungsgelds eingesetzt, von der Bereitstellung der Technik bis hin zu vielen Detailfragen, die wir gut beantwortet haben. Noch mal ein Dank an Herrn Walter Nussel für die Begleitung zum Thema Praxischeck. Auch das hat die Sache noch mal abgerundet.

Damit, glaube ich, ist dieses Überbrückungsgeld eine gute Maßnahme, mit der wir in den nächsten Wochen starten können. Wenn Bedarf ist, gezielt nachzubessern, tun wir das. Aber, meine Damen und Herren, ich sehe jetzt nicht die dringende politische Notwendigkeit und halte die Finanzausstattung des Freistaats Bayern zum jetzigen Zeitpunkt auch nicht unbedingt dafür richtig angemessen, einfach einen fiktiven Unternehmerlohn an Hunderttausende Empfänger zu überweisen, was dann im Haushalt des Freistaats Bayern in die Milliarden ginge.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold**: Herr Staatsminister, es liegen zwei Zwischenbemerkungen vor. – Zunächst erteile ich hierzu dem Abgeordneten Gerd Mannes für die AfD-Fraktion das Wort.

**Gerd Mannes** (AfD): Herr Aiwanger, Sie haben jetzt Ihre Corona-Strategie etwas ausgeführt und uns gesagt, dass Sie das Pulver noch trocken halten wollen. Ich glaube, das haben wir soweit verstanden. Jetzt habe ich eine Frage an Sie: Ist es dann richtig, dass Bayern, die Bayerische Staatsregierung, sehr zurückhaltend ist mit der Aufhebung der Corona-Maßnahmen? – Wäre es nicht viel besser zu versuchen, die Wirtschaft wieder viel schneller hochzufahren? Das würde dem einzelnen Unternehmer oder Solo-Selbstständigen sicher viel schneller helfen, beruflich wieder aktiver zu werden.

**Staatsminister Hubert Aiwanger** (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Natürlich ist jeder Euro gut, den die Wirtschaft selber verdienen kann, ohne auf staatliche Unterstützung angewiesen zu sein – wenn es das Infektionsgeschehen zulässt. Das ist genau der Graubereich, bei dem wir vielleicht erst im Nachhinein wissen, ob wir richtig gehandelt haben. Wenn sich die Infektionszahlen weiter auf niedrigem Niveau bewegen, werden wir mit Sicherheit sagen, wir hätten schneller höher gehen können. Wenn es Rückschläge gibt und es wieder zu lokalen oder überregionalen Lockdowns kommt, wird es heißen: Es war ein Fehler, zu schnell geöffnet zu haben. Vielleicht hängt es auch von den Branchen ab.

Aber ich sehe in den nächsten Wochen schon Luft für weitere Öffnungen. Darüber sind wir in der Koalition ja in sehr engem Austausch. Es hat zwar jetzt auch international in den letzten Tagen einige Rückschläge gegeben, im Bereich der Bars, im Bereich sonstiger Dinge, die wieder zur Vorsicht gemahnt haben. Aber ich glaube schon, dass wir in den nächsten Wochen weitere Lockerungen, gezielte Lockerungen im Bereich

des im Rahmen des Infektionsschutzes Möglichen, bringen können und bringen sollten, um der Wirtschaft wieder die Möglichkeit zu geben, selber Geld zu verdienen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold**: Herr Staatsminister, ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen. – Für eine weitere Zwischenbemerkung erteile ich der Abgeordneten Susanne Kurz für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

**Susanne Kurz** (GRÜNE): Herr Staatsminister, ich bin sehr dankbar, dass Sie und Ihr Ministerium sich mal mit der Frage der Solo-Selbstständigen beschäftigen. Sie betonen ja auch immer in Briefen, wie wichtig die Kultur- und Kreativwirtschaft sei, nur um dann sofort auf das ALG II zu verweisen. Die Leute haben aber einen Beruf. Sie brauchen kein Arbeitslosengeld, sondern sie müssen über die Runden kommen, weil sie arbeiten wollen. Beim Re-Start ist nämlich das Problem am ALG II der Hinzuverdienst, weil Sie nur wenige Tage hinzuverdienen können und der Hinzuverdienst mit Umsatzsteuer angerechnet wird; das ist schädigend für das ALG II.

Deshalb wollte ich Ihnen mal sagen, dass der Ministerpräsident Ihrer Koalition am 20. April erklärt hat – ich zitiere –: "Ich finde, dass es nicht richtig ist, da nur Hartz IV als einzige Alternative anzubieten." Mich würde interessieren …– Mich würde interessieren, wie Sie das koalitionsintern abstimmen und ob es für den Steuerzahler letztendlich nicht egal ist, ob die Gelder vom Bund oder die goldenen handgeschnitzten bayerischen Euros ausgegeben werden. Für die Menschen vor Ort ist es jedenfalls ein Schlag ins Gesicht, wenn Sie ihnen so etwas immer wieder sagen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold**: Bitte, Herr Staatsminister.

**Staatsminister Hubert Aiwanger** (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Sie haben jetzt wieder die Künstler genannt. Für sie gibt es die Künstlerhilfe, die abgerufen wird. Allerdings gibt es mit Sicherheit auch einige, die sie nicht gezielt in Anspruch

nehmen, sondern auf das ALG II zurückgreifen, wenn sie damit vielleicht im Monat einige Hundert Euro mehr bekommen können. Für diesen Personenkreis gibt es jetzt aber die Künstlerhilfe. Ich muss die Worte des Herrn Ministerpräsidenten nicht interpretieren, aber das hat sich damals mit Sicherheit darauf bezogen. Das war wohl eine Debatte zum Thema Künstlerhilfe.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold**: Danke schön, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion auf Drucksache 18/8959 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN, der SPD, der FDP und der AfD. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der CSU. Enthaltungen? – Enthaltungen der Abgeordneten Swoboda (fraktionslos) und Plenk (fraktionslos). Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/8999 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die SPD, die FDP und der Abgeordnete Swoboda (fraktionslos). Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der CSU, der AfD und der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/9000 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der AfD und der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Stimmenthaltungen? – Das ist der Abgeordnete Swoboda (fraktionslos). Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Meine Damen und Herren, ich möchte positiv bemerken, dass durch alle Fraktionen hindurch der gute Wille erkennbar ist, der Pflicht zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes nachzukommen. Nachdem ich heute aber die eine oder andere Vergesslichkeit wahrgenommen habe, möchte ich alle noch einmal daran erinnern: Legen Sie bitte, sobald Sie Ihren Platz verlassen, diesen Mund-Nasen-Schutz an, und zwar bis Sie Ihren Platz wieder einnehmen. Danke schön.